

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Mittwoch u. Samstag und kostet monatlich
0,50 RM. Fernsprecher Nr. 1.
Postfachkonto Köln Nr. 404 49

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit 10 Rbf.
Familien- und kleine Anzeigen 5 Rbf.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Rbf.
Girokonto: Kreispostkasse Laasphe Nr. 88
Bankkonto: Marburger Bank Abl. Laasphe

Schreibleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 98

Laasphe, Samstag den 8. Dezember 1923

48. Jahrgang

Ämtliches. Bekanntmachung.

Der Herr Justizminister hat durch Erlaß vom 12. d. Mts., einem Antrage des Herrn Generalstaatsanwalts entsprechend, die Zusammenlegung der nebenamtlichen Amtsgerichtsämter in Verleburg und Laasphe mit der planmäßigen Amtsgerichtsbarkeit in Siegen zum 1. Januar 1924 genehmigt. Die Wahrnehmung der Hauptverhandlungstermine vor den Schöffengerichten in Verleburg u. Laasphe erfolgt durch Justizobersekretäre dieser Amtsgerichte.

Verleburg, den 22. Nov. 1923. Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Gemäß § 160 der RVO. und gemäß § 1 des BG. für Angestellte, in der Fassung des Ges. vom 10. Nov. 1922, wird der Wert der Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamtes des Kreises Wittgenstein mit Wirkung vom 3. Dezember 1923 ab wie folgt festgelegt:
Für männl. Versicherte auschl. Gehilfen auf täglich 1,800 Millionen, für weibl. Versicherte und Gehilfen beiderlei Geschlechts 1,200 Millionen. Hiervon entfallen auf das 1. und 2. Frühstadium je ein Schilling, auf das Mitteldatum drei Schilling, auf Nachmittagskassen ein Schilling, auf Abendessen zwei Schilling, auf freie Wohnung einschl. Beleuchtung und Heizung ein Schilling.

Bei Berechnung der Monats- und Jahresbeträge wird der Monat mit 30 Tagen, das Jahr mit 360 Tagen gerechnet.
Bei Gewährung freier Familienwohnung und anderer Sachbezüge wird der Wert von Fall zu Fall festgelegt.

Die Festlegung vom 20. November 1923 tritt mit dem 3. Dezember d. J. außer Kraft.

Verleburg, den 4. Dezember 1923.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes. J. B. Weber, Kreissekretär.

Freie Bahn.

Kann man von einer freien Bahn für das neue Kabinett reden, während es doch nur eine von einigen Druckfehlern gefärbte Neuauflage des Stresemann'schen ist? Oder werden diejenigen recht behalten, die es als ein mit einer permanenten schleimenden Kräfte behaftetes Kabinett betrachten? Die farblose, wenn man die grau in grau getauchten Darlegungen farblos nennen will, Rede des Reichstanzlers Marx entwarfandte die Hörer und verschaffte ihm eine verhältnismäßig gute, d. h. farblose, überparteiliche Presse, die sich mit der Registrierung des Einbruchs dieser Programmklärung begnügte. Man war offenbar froh, den Stein der Kabinettsbildung vom Herzen zu haben und so einwilligen der Reichstagsauflösung aus dem Wege gehen zu können.

Ein besonderes Kompliment für den auf den engen Kreis von Möglichkeiten beschränkten Kanzler ist in dieser Feststellung nicht enthalten. Seine Kanzlerschaft ist bereits in ihren Anfängen durch ein Zurückweichen beim Ermächtigungsgesetz gekennzeichnet, und dadurch hat die Frage, ob das von ihm verlangte Gesetz verfassungsändernd sei und eine Zweidrittelmehrheit erfordere, einen mehr atab-

mischen Charakter bekommen. Der Reichsrat hat ebenso wie Präsident Ebbé die Frage bejaht, und so ist man allen Schwierigkeiten, vorläufig wenigstens, mittels eines Kompromisses aus dem Wege gegangen, wonach man einen „kleinen Reichstag“ in Gestalt eines ständigen Ausschusses von 28 Mitgliedern ohne Befrecht, eine Kontrollinstanz ohne imperatives Mandat, geschaffen hat. Die Sozialdemokratie als Mutter dieses Gedanken erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden und hat in ihrer Fraktionsitzung mit 73 ihrer Rechte gegen 53 Stimmen der Linken (vormaligen Unabhängigen) die Einschaltung in das Gesetz gutgeheißen. „Es fällt ihr aber — wie im „Vorwärts“ zu lesen ist — nicht im mindesten ein, die Verantwortung für das zu übernehmen, was die Regierung Marx auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verordnen wird.“ Diese Aussage der Kampfbereitschaft eröffnet die Aussicht auf ein fortwährendes Gepfändel von Fall zu Fall und zeigt, auf wie schwankendem Boden die Regierung steht, wenn die Deutschnationale Volkspartei ihr die Gefolgschaft verweigert.

Augenscheinlich hat sich Herr Marx der Zustimmung des Reichspräsidenten Ebert bei seinem Vorgehen vergewissert und alle anderen Streitfragen zurückgestellt, so u. a. die, ob auch in Preußen eine Kabinettsumwälzung stattzufinden habe. Daß diese nicht grundlos in Erwägung gezogen wurde, zeigt der nachträgliche Vorstoß, den im Reichsrat der Oberpräsident von Sachsen Höring gegen Stresemann vorgenommen hat, indem er ihm die Begünstigung der kapitalistischen Unternehmer vorwarf und ihn für die Ausfaltung der Arbeiter usw. verantwortlich machte. Dasselbe kann jederzeit Stresemanns Nachfolger vorgeworfen werden, und so ist dieser Punkt einer von vielen, an denen ein Konflikt ansetzen könnte, wenn die Sozialdemokratie Neigung dazu verspürt, ein für ein Minderheitskabinett höchst unerfreulicher Zustand, aus dem sich zu befreien nur ein großes Reinemachen im Reichstag Gelegenheit bieten dürfte. Einstweilen führt das an Angriffslächen reiche Kabinett seine Geschäfte unter dem Schutzschild des Ermächtigungsgesetzes, aber wie lange ihm dies möglich sein wird, vermag niemand zu erraten.

Die Verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz beginnen vor stark gekühlten Bänken und auch in der Diplomatenloge hatten nur wenige, möglichst unbekannte Persönlichkeiten Platz genommen. Sollte das die getrigge Reichstanzlerrede bewirkt haben? Erwartet man mit Spannung nur die Abstimmung, nicht auf Parteierklärungen? Es scheint so: Als erster Redner aus dem Hause wurde von der Sozialdemokratie der Abgeordnete Scheidemann zur

Verlesung einer Erklärung vorgeschickt, die kurz und bündig den bekannten Standpunkt der Partei zum Ermächtigungsgesetz mit den hineingesehten Rauten umschrieb und die Zustimmung mit der innenpolitischen und außenpolitischen Lage und den dazu nötigen sofortigen Entscheidungen rechtfertigte. Ausführlicher ließ sich als Vertreter der Rheinlande der Zentrumsmann Dr. Kaas, seines Zeichens Professor in Trier, vernehmen, der die Wahrung der Reichseinheit gegenüber allen Mächten in den Vordergrund stellte und zu diesem Zweck die Unterstützung des gesamten deutschen Volkes verlangte.

Einigung über das Ermächtigungsgesetz.

Bestellung eines Ueberwachungs Ausschusses.

Das Reichskabinett hat im Anschluß an eine Besprechung mit den Parteiführern in den Nachtstunden zum Mittwoch beschlossen, sich gemäß einem Vorschlag der Mittelparteien, mit der Einigung eines Ueberwachungs Ausschusses in das Ermächtigungsgesetz einverstanden zu erklären unter der Voraussetzung, daß dieser Ueberwachungs Ausschuss nach den Wünschen der bürgerlichen Mittelparteien ausschließlich eine beratende Stimme haben soll, nicht aber das von den Sozialdemokraten geforderte Vetorecht erhält.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung fand eine Fraktionsitzung der Sozialdemokraten statt, die um 11 Uhr abends beendet war. Die Fraktion saßte nach längerer lebhafter Debatte mit 74 gegen 55 Stimmen den Beschluß, sich mit dem Ueberwachungs Ausschuss nach der Formulierung der bürgerlichen Mittelparteien einverstanden zu erklären. Ferner wurde beschlossen, die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz mit dieser Erweiterung unter den üblichen Fraktionszwang zu stellen.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch eine kurze Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß es nach wie vor das Ziel der Deutschnationalen sei, dem im Volke vorhandenen Wunsch nach Neuwahlen Rechnung zu tragen. Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen.

Wie das Kompromiß zustande kam.

Ueber die Vorgeschichte der Einigung ist folgendes mitzuteilen: Nach der kurzen Plenarsitzung des Reichstags waren die Erörterungen zwischen den Parteien über die Aufhebungsfrage fortgesetzt worden. Abends 6 Uhr

Das Haus des Sonderlings.

20] Kriminalroman von Erich Ebenstein.

Sie standen, durch Gebüsch gedeckt, so daß die Ankommenen sie noch nicht gesehen haben konnten. Heidy hörte, wie die Schritte des einen sich entfernten, die des andern näher kamen.

Inzwischen sagte Frau Göbel sehr ernst:

„Sie haben gesagt, daß wir Ihnen helfen sollen, Fräulein Heidy. Das will ich gewiß gerne tun. Aber da drüben geht nichts Gutes vor, und wir wissen, daß keine ehrlichen Leute dort wohnen, darum...“

„Woher wissen Sie, daß Ihre Nachbarn keine ehrlichen Leute sind?“ unterbrach sie Heidy.

„Mein Schwager hat uns gestern besucht und dabei zufällig den alten Bremer vor drüben gesehen. Er soll die Gärtnerei ja auch erst vor kurzem gekauft haben. Niemand hier kennt ihn und seine beiden Gehilfen. Aber mein Schwager Anton behauptet, er habe den alten Bremer in Amerika gesehen, wo er sich ganz anders nannte und wegen Taschendiebstahls eingesperrt wurde... Wir haben es niemand gesagt und uns nur fern von den Leuten gehalten. Jetzt aber — Sie können ja nur von drüben gekommen sein, und Sie haben da einen Mann bei sich...“

Er gehört nicht zu diesen Leuten, das schwöre ich Ihnen, Frau Göbel. Es ist mein Bräutigam. Die Leute drüben wollten ihm ans Leben, und ich habe ihn gerettet. Sie kennen mich ja — wenn ich für ihn Sorge, so werden Sie mir doch glauben!“

Der alte Göbel war inzwischen herangeritten und hatte Heidys Worte mitangehört.

Er sah seine Frau an und kratzte sich verlegen hinter dem Ohr.

„Alles gut und schön, Fräulein. Sie kennen wir ja... aber wir möchten doch auch nicht in Angelegenheiten kommen. Am Ende können Sie sich selbst täuschen...“

„Nein! Bestimmt nicht!“

„Wenn es nachher bekannt wird...“

„Das braucht es ja nicht. Ich bitte Sie nur um zwei Dinge: erstens nachher keinem Menschen zu sagen,

daß Sie uns hier getroffen haben, zweitens zu sehen, ob die Strafe unten frei ist. Das ist die ganze Hülfe, die ich von Ihnen begehre.“

Wieder sahen sich die Göbels zweifelnd an. Heidy brängte flüchtig:

„Vertrauen Sie mir doch! Er ist krank — er muß jetzt Ruhe haben, um sich zu erholen, und die kann mir ich ihm verschaffen! Später werde ich Ihnen alles aufklären, nur halten Sie uns jetzt um Gottes willen nicht länger auf!“

Da sagte Frau Göbel, gerührt durch Heidys innigen Ton:

„So geh, Vater. Sieh' nach, ob die Strafe frei ist. Wenn unser Fräulein Heidy so spricht, wird sie wohl wissen, was sie tut.“

Der Alte entfernte sich schweigend. Nach kurzer Zeit kehrte er mit dem Bescheid zurück, daß draußen kein Mensch zu sehen sei.

Heidy drückte beiden die Hände und führte Torwesten, der das ganze Gespräch mit stummer Vertöndung mitangehört hatte, weiter.

Der Seitenweg, in dem sie ihr Auto wußte, lag ein Stück unterhalb des Garteneinganges. Sie erreichten ihn und das Auto ohne weiteren Zwischenfall.

„Gibt es keinen anderen Weg als den, den wir gekommen sind?“ fragte Heidy den Chauffeur.

„Oh ja. Ich brauche nur hier weiter zu fahren. Dann erreiche ich eine Strafe die gegen den Vater zu führt. Aber es ist ein Umweg, wenn wir zur Stadt sollen.“

„Das tut nichts. Schlagen Sie ihn nur ein.“ Dann gab sie ihm die Adresse ihres Hauses an.

Sie hob Torwesten in das Gefährt, stieg gleichfalls ein und saß erschöpft in die Kissen. Erst jetzt fühlte sie, wie ermüdet sie war.

Da fragte Torwesten plötzlich, als sich das Auto in Bewegung setzte, ängstlich:

„Wohin bringst du mich, Heidy? Ich bin so müde.“

„Ich möchte nach Hause...“

„Ja, lieber Georg, wir fahren nach Hause. Dort sollst du ungeschädigt ausruhen.“

Frau Siebert wurde mitten in der Nacht durch ein Klingeln geweckt. Erschreckt fuhr sie in die Kleider und

eilte hinaus, denn sie dachte nicht anders, als Heidy sei draußen in den „drei Linden“ ein Unfall zugefallen. Aber als sie die Tür öffnete, stand Heidy selbst vor ihr und daneben ein Mann, den sie im ersten Augenblick nicht gleich erkannte, denn er hatte den Nachfragen hoch hinaufgeschlagen und eine Chauffeurmütze auf dem Kopf.

„Georg!“ rief sie im nächsten Moment erschrocken.

„Aber wie steht er aus —! Mein Gott — ist er denn auf...“

„Still!“ unterbrach sie Heidy, „es darf vorläufig niemand wissen, daß er hier bei uns ist.“ Sie hob ihn in den Flur hinein und schloß die Tür hinter sich ab.

Er ist krank, du hast ganz richtig gesehen.“ Küsterte sie dann der Mutter zu. „Gott gebe, daß man uns wenigstens ein paar Tage Zeit läßt, ihn gesund zu pflegen. Morgen früh will ich zu Herrn Hempel und alles weitere mit ihm besprechen. Jetzt aber müssen wir uns mit Georg beschäftigen.“

14.

Dr. Herrlinger ging ungeduldig seit einer halben Stunde im Wartezimmer des Untersuchungsrichters auf und ab.

Es schien, als ob Dr. Wasmuth heute durch ganz besonders wichtige Dinge in Anspruch genommen werde. Immerfort kamen und gingen Leute, das Telefon war ständig in Tätigkeit, und gegenwärtig weckte Sicherheitsinspektor Molnar schon eine Viertelstunde bei ihm.

Herrlinger sah auf die Uhr. Es war sechs Uhr vorüber. Zu Büroschluss konnte er also nicht mehr in seiner Kanzlei sein.

Dann überdachte er noch einmal, was ihn hierhergeführt. Gegen mittag hatte ihn Heidy Siebert aufgesucht, ganz bestrüzt über den Bescheid, den sie an Hempels Wohnung bekommen hatte, daß der Detektiv schon seit fast einer Woche vermisst war. Darauf gab es eine lange Beratung, die nur einmal unterbrochen worden war durch eine Depesche die Herrlinger erhielt.

Sie war von Eilas Hempel aus London.

(Fortsetzung folgt.)

trat, wie gemeldet, die Verammlung sämtlicher Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten beim Reichskanzler im Reichstag zusammen, um einen Ausweg zu finden, der die Auflösung des Reichstags vermeidet und der das Ermächtigungsgesetz in eine neue Form bringen sollte, in der es der Annahme durch den Reichstag sicher wäre. Sozialdemokratie und Deutschnationale hatten sich vorher auf den Standpunkt gestellt, daß sie das Ermächtigungsgesetz ablehnen. In der Besprechung der Parteiführer wurde von diesen wiederum das

Verlangen nach Neuwahlen

betont. Bei den Sozialdemokraten bestehen jedoch so starke Bedenken gegen eine Reichstagsauflösung, daß sie bestrebt waren, diese Auflösung durch eine Verringerung des Ermächtigungsgesetzes zu vermeiden. In der Parteiführerbesprechung wurde nun, im wesentlichen auf Anregung der bürgerlichen Mittelparteien, ein Vorschlag diskutiert, das Ermächtigungsgesetz dahin einzulegen, daß ein Ausschuss des Reichstags von 28 Mitgliedern während der Dauer des Ermächtigungsgesetzes die Handlungen der Regierung zu überwachen hätte. Eine Einigung darüber wurde in diesem Stadium der Besprechungen noch nicht erzielt. In den späten Abendstunden traten die Sozialdemokraten noch einmal zu einer Fraktionsitzung zusammen, während gleichzeitig das Kabinett im Reichstage eine Beratung über den Vorschlag der Parteiführer begann. Das Ergebnis dieser neuen Verhandlungen ist oben verzeichnet.

Die Regierungserklärung des neuen Reichskanzlers.

Die Reichstagsitzung begann am Dienstag nach 8 Uhr. Sie war der Einführung der neuen Regierung gewidmet. Der Reichskanzler Dr. Marx verlas eine im Wortlaut festgestellte Regierungserklärung. Er stellte darin zunächst sein Kabinett vor und ging dann in kurzen Ausführungen auf die hinter uns liegende Regierungskrise ein. Er nahm dabei Bezug auf die Ausführungen, die er als Reichstagsabgeordneter und Vertreter der Zentrumsfraktion gemacht hat. Er wies darauf hin, daß es heute mehr als je darauf ankomme, daß man die Regierung nicht nach ihren Worten sondern nach ihren Taten beurteile und daß er sich insoweit kurz fassen werde.

In seinen weiteren Ausführungen nahm der Reichskanzler zunächst auf die innere Lage Bezug, die er im Anschluß an die letzte Rede Dr. Stresemanns als trübselig bezeichnete. Er wies dabei insbesondere auf den Stand unserer Finanzen und auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hin, die der Finanzminister zur Besserung der Lage zu treffen habe. Weiter erklärte er, daß sich die Geschäfte auf dem Boden der parlamentarischen Verhandlungsweise jetzt nicht mehr führen ließen. Deshalb erbat die Regierung die Zustimmung des Reichstages zum Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit geben solle, das Notwendige sobald als möglich zu tun.

Der Reichskanzler nahm dann zur Frage des Belagerungszustandes Stellung und erklärte, daß der Abbau des Belagerungszustandes erfolgen solle, sobald die Verhältnisse es irgendwie gestatteten. Er hatte aber den sofortigen Abbau nicht für angebracht.

Die Regierungserklärung beschäftigte sich weiter mit der Frage der besetzten Gebiete. Der Reichskanzler hob die bisherigen Aufwendungen der Regierung für die besetzten Gebiete hervor und betonte die Notwendigkeit, mit Reichsmitteln weiter für das besetzte Gebiet einzutreten, wies aber gleichzeitig auf die Begrenztheit dieser Mittel hin. Diese Ausführungen bewegten sich im wesentlichen in dem Rahmen, in dem Dr. Stresemann in seiner letzten Reichstagsrede über diese Fragen gesprochen hatte.

Schließlich wandte sich der Kanzler den Beziehungen zwischen Reich und Ländern zu. Es sei bedauerlich, daß diese Beziehungen schweren Belastungen ausgesetzt seien. Er betrachte es als seine Hauptaufgabe, Verhandlungen zu dem Zweck in Gang zu bringen, um eine Lösung dieser Fragen herbeizuführen.

Die Aussprache über das Ermächtigungsgesetz.

Im Reichstag begann am Mittwoch die Aussprache über das Ermächtigungsgesetz. Als erster Redner gibt Abg. Scheidemann (Soz.) eine Erklärung ab:

„Die Sozialdemokratische Fraktion ist in Rücksicht auf den Ernst der Lage gewillt, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß einem parlamentarischen Ausschuss desselbe Recht eingeräumt wird wie dem Reichsrat. Mit dem Inhalt des Ermächtigungsgesetzes sind wir jedoch nicht völlig einverstanden. Wenn infolge der bisherigen Versäumnisse der Regierung zur Rettung unserer Finanzen der außergewöhnliche Weg der Maßnahmen ohne das Parlament beschritten wird, so will die Fraktion diesen Weg nicht durchkreuzen. (Zwischenruf Ledebour: Und die Verlängerung der Arbeitszeit?) Ich muß mir bei Ihren Zwischenrufen immer die Frage vorlegen, ob sie nicht von Mordau bestellt sind. (Gelächter bei den Kommunisten. Stürmische Zwischenrufe von Ledebour, der erregt mit seiner Faust droht. Die weiteren Ausführungen Scheidemanns gehen in dem Lärm unter.) Der Redner begründet dann die Stellungnahme seiner Fraktion und betont, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien.

Für die Verordnungen trage die Regierung allein die Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Die größte Opferbereitschaft komme denen zu, deren Leistungsfähigkeit am größten sei. Die Regierung dürfe nicht zurückschrecken vor einem Zugriff auf die Vermögenssubstanzen. Die Lebensinteressen der besetzten Volksklassen müßten dagegen geschützt werden. Der Großbesitz habe sich bisher weitgehend der Schonung erfreut. Das müsse anders werden. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß das deutsche Volk baldmöglichst gefragt werde, wie es die Reichspolitik geführt sehen wolle. Er verlangt Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und Sicherung des Rechts der Rhein- und Ruhrbevölkerung, frei und unbeeinträchtigt an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.) erklärt, daß die Begründung der letzten Regierungskrise in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man kaum wisse, wie man sich unter der Wucht der gegnerischen Angriffe verteidigen solle.

Berlin, 6. Dez. Der Reichstag hat gestern das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Schlussabstimmung wurde auf Samstag vertagt. Der Reichskanzler ist bei Nichtannahme des Gesetzes zur Reichstagsauflösung entschlossen.

Knilling über den Hitler-Putsch.

Bayern besteht auf Aburteilung durch die Volksgerichte.

Der bayerische Ministerpräsident v. Knilling sprach am Mittwoch im ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages über den Hitler-Putsch und die Lage in Bayern. Nachdem er einen Rückblick über die Entwicklung der Spannung zwischen Bayern und dem Reich gegeben hatte, stellte Herr v. Knilling fest, daß am Abend des Hitler-Putsches der polizeiliche Nachrichtendienst und die polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen vollständig verlagert hätten. Das deutsche Elend wäre namenlos gesteigert worden, wenn das Hitlerische Unternehmen auch nur vorübergehend gegliedert wäre. Nachdem Dr. von Knilling betont hatte, daß das, was am 8. 11. im Bürgerbräukeller proklamiert wurde, nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine Niederumdummheit und zugleich eine Todsünde gegen den vaterländischen Gedanken gewesen sei, fuhr er fort: „Alle diese Vorgänge können reiflos nur aufgeklärt werden durch die Durchführung der gegen die Führer des Putsches anhängenden Strafverfahren. Die Aburteilung der Schuldigen kann selbst im Rahmen der Gesetzgebung zum Schutz der Republik durch die bayerischen Gerichte erfolgen.“

Wenn das kommende Reichskabinett ernstlich gewillt ist, nicht alle Brücken nach Bayern abbrechen, so wird es sich hoffentlich der Ansicht nicht verschließen, daß hier unter allen Umständen von der Ueberweisungsbefugnis Gebrauch gemacht werden muß. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof ist vom bayerischen Standpunkt aus untragbar und nicht erörterungsfähig.“

Zum Schluß führte der Ministerpräsident aus: „Unser Heil liegt nur auf nationalem Boden und in einem auf föderalistischer Grundlage aufgebauten Deutschen Reich. Die bayerische Regierung sieht es als ihre dringende Aufgabe an, an die neue Reichsregierung alsbald mit ihren Forderungen wegen eines verfassungsrechtlichen Ausbaues des Reiches auf der bewährten Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates heranzutreten. Eine sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes kann bei der gegenwärtigen Sachlage nicht verantwortet werden.“

Beginnende Milderung der Ruhrbesetzung.

Der Düsseldorf'sche Berichterstatter der Chicago Tribune behauptet, daß die gegenwärtige Effektivstärke der französischen Besetzungstruppen allmählich bis auf ein Minimum von 10 000 Mann herabgesetzt werden soll. Die deutsche Regierung werde in allen Zolllationen, Behörden und übrigen Ämtern wieder tätig sein. Der französische Generalstab werde von Düsseldorf nach Mainz verlegt werden. Der eigentliche Industriebezirk werde wieder genau in den Zustand versetzt werden, wie vor der Besetzung. Der Berichterstatter will in diesem Sinne von einer sehr hoch stehenden französischen Persönlichkeit unterrichtet worden sein.

Das Pariser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht durch Havas folgende Mitteilung: Auf Vorschlag des Generals Degoutte haben die französische und die belgische Regierung beschlossen, bereits jetzt gewisse Verwaltungs- und Begnadigungsmaßnahmen zugunsten Ausgewiesener und Verurteilter zu treffen. General Degoutte steht auf dem Standpunkt, daß der passive Widerstand wirklich aufgehört hat, wenn einerseits die Arbeit der Bergwerke und Fabriken tatsächlich aufgenommen ist und andererseits die Abmachungen, die mit dem Deutschen Reich über den Betrieb der Rhein- und Ruhreisenbahnen geschlossen wurden, von der Berliner Regierung ratifiziert und zur Anwendung gelangt sind. Der Tag für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist der 10. Dezember. Die Umgruppierungen der Truppen zu dem Zweck, den Kontakt mit der Bevölkerung zu vermindern, haben bereits begonnen und werden schrittweise durchgeführt werden.

Das Reichsbankdirektorium für Helfferich.

Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, hat sich das Reichsbankdirektorium einstimmig für Dr. Helfferich als neuen Reichsbankpräsidenten entschieden, ebenso schlug der Zentralausschuss der Reichsbank dem Reichsrat und dem Reichspräsidenten mit allen gegen zwei Stimmen Helfferich zum Nachfolger Dr. Favensteins vor.

Markhauffe.

Die Markbesserung im Ausland setzte sich in lebhaftem Tempo fort. Fast überall ging sie zu einem höheren Kurs aus dem Bereich, als der amtlichen Berliner Dollarpapartit entspricht. In London — zurzeit der wichtigste Auslandsmarkt für die Mark — wurde ein Pfundkurs von etwa 15 1/4—15 1/2 Billionen (nach 18 Billionen) genannt. Dies entspricht einer Dollarpapartit von etwa 3 1/2 Billionen.

Die Verkäufer von Devisen und Goldanleihe haben sich plötzlich in Verkäufer von Papiermark verwandelt. In zahlreichen Geschäften Berlins und an anderen Stellen suchten sie Papiermark gegen Goldanleihe und Rentenmark mit einem Aufschlag von 5 Prozent und darüber zu erwerben. Selbstverständlich ist auch dieses Treiben strafbar, und die amtlichen Stellen dürften, wie wir hören, bereits im Laufe des heutigen Tages eine diesbezügliche Bekanntmachung erscheinen lassen.

Ruhrdebatte im Landtag.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung stand als erster Punkt eine Reihe von Anfragen und Anträgen über Rhein und Ruhr.

Als erster Redner nimmt das Wort Ministerpräsident Braun, um zunächst darauf hinzuweisen, daß die Hoffnung, nach Aufgabe des passiven Widerstandes werde die Wirtschaft des besetzten und des Einbruchgebietes sich bald wieder neu beleben

und die militärische Bedrückung nachlassen, getrübt habe. Mit unverminderter schmerzhafter Wucht lastet der militärische Druck des haterfüllten französischen Siegers weiter auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Die geringe Milderung in den letzten Tagen an vereinzelten Stellen ändert an der Gesamtsituation nichts. Dazu kommt, daß mit französischem Geld finanzierte, mit französischen Waffen ausgerüstete und von französischen Truppen geschützte und unterstützte separatistische Banden, zum Teil bestehend aus vielfach vorbestraftem Verbrechergesindel, sich vielfach der öffentlichen Gewalt bemächtigt haben. Freilich scheinen auch den französischen Besatzungsbehörden ihre separatistischen Schlingel allmählich recht unbequem zu werden, da sie ihren verbrecherischen Neigungen zu stark die Fägel schiefen lassen. Man versucht, sie abzusätteln und ihrer Macht zu entkleiden. Dazu dürfte nicht unerheblich der erfreuliche Umstand beigetragen haben, daß fast die gesamte Bevölkerung den Separatisten energischen Widerstand entgegengekehrt und sie nach kurzer Herrschaft meist vertrieben hat (lebhafter Beifall). Leider ist dadurch die Not und Bedrängnis der Bevölkerung nur erheblich gesteigert worden. Das Wirtschaftsleben liegt weiter darnieder. Die Arbeitslosigkeit ist riesig groß, und die Ernährung stößt auf die größten Schwierigkeiten. Eine Besserung wird von den Einbruchsmächten vereitelt. Allen Anstrengungen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, werden die größten Schwierigkeiten entgegengekehrt. In Stelle des von uns ausgehenden Widerstandes scheint der passive Widerstand der Franzosen gegen die Aufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit getreten zu sein. Unsere Gegner verfolgen damit weitergehende politische Ziele mit grausamer Konsequenz, undflimmert um die leidende Bevölkerung. Eine völlige Verleumdung der tatsächlichen Kraft und Machtverhältnisse bedeutet es, wenn sich hier und dort Stimmen mit der Behauptung hervorwagen, das unbefestete Deutschland habe die Bevölkerung des besetzten Gebietes im Stich gelassen oder beabsichtige, das zu tun. Die Loslösung der Rheinlande aus dem preussischen Staatsgefüge würde ja zweifellos der erste Schritt sein zur Loslösung vom Deutschen Reich.

Die Verhandlungen, die zurzeit von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nach dem, was darüber bekannt geworden ist, nicht immer in dem Rahmen der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsverfassung. (Bewegung im ganzen Hause.)

Die Reichsregierung hatte einem aus den Parteien und Wirtschaftsverbänden gebildeten

Fünfzehner-Ausschuss

die Ermächtigung gegeben, über wirtschaftliche und soziale Fragen mit den Besatzungsbehörden zu verhandeln. Leider wird in gewissen Kreisen bereits gesprochen von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Steuerhoheit, selbständiger Verwaltung, eigenen Wirtschaftsgesetzen und eigener Währung. Ja, man trägt sich mit erheblich weitergehenden Plänen auf Einbeziehung jetzt noch unbefesteter preussischer und heiliger Gebiete. (Lebhafter Beifall.)

Allen diesen Bestrebungen hat die preussische Staatsregierung bisher den entschiedensten Widerstand entgegengekehrt. Sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Das preussische und deutsche Volk in allen seinen Schichten muß sich klar darüber sein, daß dieser Kampf noch nicht beendet, sondern vielmehr in sein

entscheidendes Stadium

getreten ist. Jetzt gilt es, das Beste daran zu sehen, um das Schlimmste für die betroffene Bevölkerung und das Staatsganze zu vereiteln. Der Opferinn der Bevölkerung des unbefesteten Gebiets, der sich bisher schon so erfreulich betätigt hat, muß sich zu weiterer Gefesbreudigkeit aufrufen zur Vinderung der Not an Rhein und Ruhr.

Der verlorene Krieg zwingt uns alle, die Folgen der Verarmung von Reich und Staat auf uns zu nehmen und das farge Brot des Besetzten zu essen. Aber wir müssen bereit sein, auch das letzte Stück Brot mit den Bewohnern des besetzten Gebiets zu teilen. (Nachdem bei den Kommunisten.) Dann werden diese unsere rheinisch-westfälischen Volksgenossen, was ich von dieser Stelle aus betonte, mag kommen, was da will, ihren inneren Zusammenhang mit Preußen und der großen deutschen Volksgemeinschaft niemals verlieren.

Abg. Haas (Soz.): Der Präsident der Rheinland-Kommission Lirard hat vor einigen Wochen in Koblenz erklärt, Frankreich verlange einen autonomen Rheinstaat. Der erwünschte Rheinstaat soll ein eigenes Parlament, eine Vertretung beim deutschen Reichsrat, aber keine Vertretung beim Reichstag haben. Er soll eigene diplomatische Vertretungen bei den Regierungen der internationalen Mächte, eine eigene Währung, aber keine eigenen Eisenbahnen haben, und eine Verminderung der Besatzung wird erst von dem Wohlwollen der Reparationskommission abhängig gemacht. Es gibt leider eine Anzahl Menschen, die die Friedensschalmei am Rhein blasen. Diese Glaubensbuselet ist eine sehr große Gefahr für das Reich und Preußen.

Zur Begründung einer Reihe von Anträgen und Anfragen führte

Abg. Rippel (Dn.): Die Schadloshaltung der Verletzten und der durch Blindierungen geschädigten Personen müsse unbedingt ausgedrückt werden. Die wirtschaftlichen Fragen dürfen aber nicht aus dem Auge gelassen werden. Fragen der Zukunft eines Volkes, und um eine solche Frage handele es sich an Rhein und Ruhr. Eine schnelle und gründliche Umstellung sei notwendig, ebenso notwendig wie fruchtbar sei es, daß heute immer noch darauf hingewiesen werden müsse, daß der Wille Frankreichs an Rhein und Ruhr die Herbeiführung der Anarchie und die politische Zersplitterung Deutschlands sei.

Aus Laasphe und Umgegend.

— Die Weihnachtssonntage, d. h. die Sonntage vor Weihnachten, an denen nach altem Brauch trotz der Sonntagsruhe den Geschäftskleuten die Öffnung ihrer Verkaufsräume gestattet ist, beginnen mit dem kommenden Sonntage. Mit Rücksicht darauf, daß an den Wochenenden der Mehrzahl der Käufer durch ihren Beruf wenig oder keine Möglichkeit geboten ist, die Auslagen zu beschaffen und Einkäufe zu tätigen, pflegen diese drei Sonntage im allgemeinen der Geschäftswelt einen besonders guten Umsatz zu bringen. Kupferner, silberner und goldener Sonntag wurden sie

habe...
lastet...
ischen...
ietes...
elten...
ummt...
ischen...
hüfte...
ist be...
viel...
reilich...
en, da...
hiesjen...
cht zu...
e Um...
erung...
t und...
er Bei...
er Be...
schafts...
ist ist...
nächten...
eder in...
gegen...
andes...
osen...
eten zu...
e poli...
um die...
er tat...
enn sich...
wagen...
g des...
richtige...
s dem...
er erste...
Reich...
schließen...
eini...
wegen...
t, nicht...
nd der...
ganzen...
en und...
soziale...
eider...
em selb...
erhöhet...
en und...
weiter...
ch un...
Gebiets...
Staats...
und ent...
den ihr...
seinen...
mpf noch...
um das...
Staats...
des un...
betätigt...
affen zu...
olgen der...
men und...
r müssen...
it den...
teilen...
ese unsere...
er Stelle...
ereren...
en Volks...
Land-Kom...
blanz er...
laast. Der...
eine Ver...
ene diplo...
erallitierten...
eigenen...
g der Be...
parations...
Anzahl...
fen. Diese...
Reich und...
n und An...
er Verlehten...
onen müße...
ftliche n...
d sein in...
olche Frage...
und gründ...
wie traurig...
wiefen wer...
und Ruhe...
he Zerstück...

früher genannt. Die Zeiten haben sich allerdings seitdem erheblich, und in den letzten zwei Jahren mit ihrer sprunghaften Geldentwertung geradezu katastrophal geändert. Heute, wo niemand mehr zu sagen imstande ist, wieviel sein Wochenlohn morgen noch wert ist, haben auch die Einkaufsmöglichkeiten für Geschäftswerte sich erheblich verringert. Schon im vorigen Jahre war deshalb der Weihnachtsumsatz unserer Geschäftswelt nur ein recht mäßiger, und in diesem Jahre dürfte es damit noch weniger vertrauenswürdig aussehen. Ob die inzwischen gerade noch rechtzeitig eingeführte Einführung wertbeständigen Geldes imstande sein wird, viel an diesen schlechten Ausblicken zu ändern, steht noch dahin, da gerade angesichts der Einführung dieser neuen Währung erst so recht zu Tage tritt, wie wenig der Einzelne eigentlich heutzutage für seine schwere Arbeit verdient. Und die Weihnachtseinkäufe werden sich deshalb vorwiegend auf einige preiswerte notwendige Bedarfsartikel beschränken, die man sonst doch nötig haben, aber vielleicht zu anderer Zeit kaufen würde.

† Laasphe, 7. Dez. Das Weihnachtsfest steht vor der Tür, aber das „fröhliche Weihnachten!“ hat für viele einen bitteren Klang, weil die Not für sie gar zu groß ist. Der Vaterländische Frauenverein will auch in diesem Jahre so viel, wie in seinen Kräften steht, tun, um Weihnachtsfreude zu verbreiten, und eine Weihnachtsbescherung veranstalten, für die er seine Mitglieder und alle, die gerne mithelfen wollen, zu seiner Unterstützung aufruft. Erbeten werden Lebensmittel, Kleidungsstücke und Geld. Es werden in den nächsten Tagen Mitglieder des Vereins mit Sammelbüchern herumgehen. Die Sammlung soll bis Dienstag den 11. 12. beendet sein. Sammelstelle ist Rathaus Koblach. Möge es gelingen, möglichst vielen einen kleinen Weihnachtsstich zu bereiten.

* Laasphe, 7. Dez. Die neue Werkhalle der Fa. A. Koch u. Sohn, die vor 3 Wochen, als sie noch im Bau befindlich war, vom Sturm gerückt wurde, ist seit einigen Tagen wieder hergestellt. Bewußt eine großartige Leistung. — Als ein großes Glück bei allem Unglück muß es angesehen werden, daß der orkanartige Wind nicht schon bei Tage auftrat; sonst wären gewiß eine Anzahl Menschenleben zu beklagen gewesen, denn kein Quadratmeter des großen Raumes war von Balkentrümmern frei. Welches Glück der Zusammenstoß verursachte, der morgens gegen 4 Uhr durch einen außerordentlich starken Windstoß erfolgte, kann man daran erkennen, daß die meisten Leute in der „Kolonie“ unterhalb des Bahnhofes aufstanden, weil sie meinten, es sei ein schweres Gewitter im Anzuge. — Die Gegend unterhalb des Bahnhofes ist überhaupt von Windböen schon oft heimgegesucht worden; das Dach des Lokomotivschuppens ist z. B. vor längeren Jahren einmal ganz abgehoben und in die Wiese geworfen worden. Auch in diesem Sommer hat ein Gewittersturm daselbst das Dach aufgerissen, welcher Schaden noch heute zu sehen ist.

* Postpersonalien. Herr Oberpostsekretär Förster hat bei der Oberpostdirektion in Frankfurt (Main) die Verwaltungsprüfung für den Postdienst bestanden.

— Insekten bringt Gewinn. Das beginnende Weihnachtsgeschäft steht angesichts der schlechten Wirtschaftsverhältnisse der Käuferwelt unter keinem günstigen Stern. Ein Sturm auf die Waren, wie er in früheren Friedensjahren so oft zu verzeichnen war, und wie wir ihn im vergangenen Sommer und Herbst erlebt haben, ist zu diesem Weihnachten schwerlich zu erwarten. Andererseits gilt heute wieder der alte Satz, daß großer Umsatz entsprechenden Gewinn bringt und das Vorgehen der Waren bei den hohen Bankzinsen nicht rentabel ist. Will der Geschäftsmann nicht empfindliche Verluste erleiden und zu Weihnachten mit einem leiblichen Umsatz abschneiden, so muß er durch geeignete Mittel der Kaufkraft seines Kundenkreises nachgeholfen bemüht sein. Als das beste derzeitige Hilfsmittel aber hat sich bisher noch immer das „Julett“ erwiesen. Besser als jede Schaufensterdekoration, die sich, namentlich bei wiederholtem Auftauchen in der Zeitung, dem Gedächtnis des Lesers ein und regt seine „Wohlbegier“ an. Damit aber ist bereits der Hauptzweck erreicht. Denn viele Kaufstüfte scheuen nur aus Angst vor unerschwinglichen Preisen die erste Beschäftigung der zum Verkauf bereitgestellten Waren. Haben sie sich jedoch erst zu einer solchen Beschäftigung aufgeschwungen, dann kommt auch die Lust zum Kaufen bald hindurch. Darum säume man nicht, uns rechtzeitig seine Weihnachtswerbung aufzugeben, ehe sein Konkurrent ihm zuvor kommt und das Feld von der Suppe abschöpft.

— Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer beträgt 1 Billion Papiermark für 1 Gold- oder Rentenmark.

— Postschadverleht. Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten wird der Postschadverleht im Einnahmen mit dem Reichswährungskommissar in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt. Vom 17. Dezember ab werden die Postschadverlehten über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Auf diese Weise wird für diese die Möglichkeit geschaffen, was für die Wirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, Beträge werbeständig von Konto zu Konto zu überweisen und daneben auch werbeständig Barzahlungen zu empfangen und zu leisten. Die Weiterführung der Papiermarkkonten neben der Rentenmarkkonten hat sich wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postschadverlehten nicht ermöglichen lassen. Die Stammeinlage auf den Rentenmarkkonten wird 5 Mark betragen. Zahlarten, Überweisungen und Schecks müssen auf Rentenmark lauten. Bei Einzahlungen auf Zahlarten werden neben Rentenmark bis auf weiteres auch die Anteilscheine bis 21 M. (5 Dollar) der Wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches in Zahlung genommen. Die Schecks werden in Rentenmark ausbezahlt. Schecks die erforderlichen Beträge nicht zur Verfügung, so wird gezahlt, nachdem die Mittel beschafft sind. Der Empfänger kann jedoch die Auszahlung in einem anderen vorrätigen Zahlungsmittel zu dem am Morgen des Auszahlungstages geltenden amtlichen Kurse verlangen. Das auf den Konten vorhandene Guthaben wird bis zu einer vom Reichspostminister noch festzusetzenden Höchstgrenze zu dem am Morgen des 14. Dezember geltenden amtlichen Kurse in Rentenmark umgerechnet. Der diese Höchstgrenze übersteigende Teil des Guthabens wird in Papiermark zurückgezahlt. Die Konten der Postschadverlehten, die die Umstellung ihres Kontos nicht wünschen und dies dem Postschadverleht bis 11. Dezember mitteilen, werden nach Rückzahlung der Restguthaben geschlossen. Einzahlungen auf Zahlarten für Papiermarkkonten werden bei den Postschadverlehten vom 13. Dezember ab nicht mehr angenommen. Bis zum 12. Dezember bietet sich mithin die Möglichkeit, Postschadverlehten, auf denen sich kein ausreichendes Guthaben befindet, in Papiermark aufzufüllen. Den Postschadverlehten wird nähere Mitteilung in den nächsten Tagen vom Postschadverleht zugehen.

— Fischelbach, 7. Dez. In dem Befinden der, wie wir berichteten, vor kurzem durch einen Nordseejuch schwererkrankten Alwine W. ist erfreulicherweise eine fortschreitende Besserung zu konstatieren. Lebensgefahr besteht schon länger nicht mehr, nur wird sie tiefe Narben im Gesicht zeitlebens zurückhalten.

* Laaspheer Lichtspiele. Emile Zolas Roman „Zum Paradies der Dämonen“ ist vielleicht deswegen so tiefe Wirkungen aus, weil er ein ewiges Thema, den Kampf, den erbarmungslosen Kampf zwischen groß und klein, zwischen dem Mächtigen und dem Schwachen zum Gegenstand hat. Es kommt hinzu, daß der Zolasche Roman in einem Kreise spielt, der uns allen reizvoll und vertraut zugleich ist. Viele haben vor ihm das verzweifelte Sichwehren des kleinen Kaufmanns gegen den Großhändler, des Individuums gegen die Maschine, geschäftlich, keiner aber so anschau-

lich, so menschlich vordringend wie Zola. Im „Paradies der Dämonen“ laufen zwei Themen neben- und durcheinander. Der hoffnungslose Kampf des Kleinhändlers, des Spezialgeschäfts gegen das moderne Warenhaus.

Vermischtes.

— Achenbach, 6. Dez. Das einem hiesigen Bandwirt entlaufene Kind, von dem wir in voriger Nummer berichteten, ist nunmehr in der Nähe von Sterzhäusen erlegt worden. Rätzig entdeckte den Hühnerhund infolge des frisch gefallenen Schnees die Fährte des wildgewordenen Kindes und benachrichtigte den Förster Strahl zu Sterzhäusen, der das Tier, das den Förster angreifen wollte, zur Strecke brachte. Die ausgelegte Belohnung von mehreren Zentnern Frucht dürften sich die Hühnerhund und der Förster teilen.

— Frankenberg, 4. Dezember. (Großfeuer.) Vergangene Nacht brannte hier die im Jahre 1888 von den Gebrüdern Thonet aus Wien erbaute Stuhlfabrik vollständig nieder. Das verheerende Element, welches seinen Anfang in den Störäumen genommen, fand an den großen trockenen Holzvorräten reichliche Nahrung. Es sind 5 Waggons fertige Stühle mitverbrannt, welche heute zum Versand nach Amerika gelangen sollten. Durch dieses Großfeuer, zu welchem die Feuerwehren der Nachbargemeinden gerufen wurden, ist ein großer Teil Frankenberger Arbeiter arbeitslos geworden, was umso bedauerlicher ist, als die Stuhlfabrik das einzige Industrieunternehmen am Orte ist, das auch viel Gelegenheit zu Hausmacherarbeit (Stuhlflechterei) gab.

— Kirchhain, 4. Dezember. Heute morgen ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof ein schwerer Unglücksfall. Der ausgetretene Eisenbahnarbeiter Hermann Weber wurde von einem einlaufenden Zuge der Mittelbahn überfahren und der Kopf vom Rumpf getrennt. Seit einigen Tagen sind in unserem Orte einige Leute an Typhus erkrankt. Bis jetzt konnten sieben Fälle amtlich festgestellt werden, wovon einer tödlich verlaufen ist. Man ist eifrig bemüht, ein Weiterverbreiten der Krankheit zu verhindern.

— In Köln sowohl wie in Wanne kam es am Mittwoch gelegentlich von Arbeitslosenunordnungen zu Plünderungen und zu schweren Zusammenstoßen mit der Polizei. — In letzter Stadt gab es 7 Tote und viele Verwundete.

Sinkende Preise auch im besetzten Gebiet. Aus Dortmund wird unter dem 5. d. M. gemeldet: Seit gestern ist auch hier ein Sinken der Preise für nahezu alle Lebensmittel zu verzeichnen. Frisches Fleisch notiert 30 bis 50 Prozent niedriger. Bei Kolonialwaren und bei Obst betrug die Preislenkung nicht über 20 Prozent. Ausländisches Schmalz und ausländischer Speck gingen im Preise 30 bis 40 Prozent zurück.

Eingefandt.

(Die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel dienen lediglich dem Meinungsaustausch; die Schriftleitung lehnt, außer bei dringenden, jede Verantwortung ab.)

An der Berliner Börse wird für tägliches Geld heute ein Zinssatz von 1/2 bis 1% verlangt und man kann zu diesem Prozentsatz reichlich Geld aufnehmen. Die hiesige Sparkasse will dagegen 1% Auszahlung 12 bzw. 18% Zinsen pro Tag für in Anspruch genommenen Kredit berechnen. Inwieweit die Kreisparlamente doch ein gemeinnütziges Institut ist und sich gegen als ein solches bezeichnen, muß man doch die Frage aufwerfen, ob dieser horrenden Prozentfuß berechtigt ist. Die Kreisparlamente soll doch wohl im großen und ganzen dafür da sein, der Bevölkerung des Kreises Wirtgenstein die heute dringend benötigten Kredite billig zu beschaffen. Von billig kann bei einem solchen Prozentfuß wohl überhaupt keine Rede sein, denn innerhalb 8 Tagen verdoppelt sich der in Anspruch genommene Kredit. Einen solchen Prozentfuß kann die Wirtgensteiner Bevölkerung noch nicht bei sich überhebender Markentwertung bezahlen, geschweige denn jetzt, wo der Dollarkurs so volatil ist. Wenn die Sparkasse selbst nur 1/2% tägliche Zinsen an der Börse zu bezahlen braucht, dann geht die Forderung der Sparkasse von 12 resp. 18% Tageszinsen doch wohl über das Erlaubte hinaus.

Ich denke doch, daß diese Zinsen dazu beitragen, daß die Kreisparlamente ihren Zinssatz reduziert und nur so viel Prozent Zinsen erhebt, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Kreditkraft tragen kann.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 26. November betr. die Festsetzung der diesjährigen Wirtgensteiner habe ich die Wirtgensteiner in derselben Reihenfolge auf den 12., 13. und 14. Dezember verlegt.

Verlegung, den 5. Dezember 1923

Der Landrat. Dr. Kreisbarm.

Bekanntmachung.

Die Staatssteuerrolle über die Steuer vom Grundvermögen liegt vom 10. d. Mts. während der Dauer einer Woche bei der hiesigen Stadtkasse zur Einsicht für die Steuerschuldner öffentl. aus.

Laasphe, den 4. 12. 1923.

Der Magistrat.

Verensmann.

Bekanntmachung.

Die Staatssteuerrolle der Gemeinde Erndtebrück über die vorläufige Steuer vom Grundvermögen liegt vom 8. d. Mts. ab eine Woche lang während der Dienststunden im Amtsbüro offen.

Erndtebrück, d. 5. Dez. 23.

Der Amtmann.

J. B. Wehandt.

Tüchtiges Mädchen

mit Haus- und landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, zum 1. Januar gesucht.

Eduard Stenger,

Bäckerei,

Ferndorf.

Hühnerhund,

flügelhaar weiß-schwarz, auf den Namen „Treff“ hörend, abhandeln gekommen. Wiederbringer erhält hohe Belohnung.

Mar Cordes,

Altenhundem.



Turnverein Laasphe.

Samstagsabend 1/9 Uhr

Monatsversammlung

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Wenig gebrauchter, gut

erhaltener gußeiserner

Herb

sofort zu verkaufen.

Zu erfragen in der Ge-

schäftsst. d. Erndtebr. Stg.

Wegen Erkrankung des

jetzigen suchte per sofort oder

Weihnachten ein

Mädchen

für den Haushalt.

C. Kammereit,

Laasphe.

Zum 1. od. 15. Januar

wird nach Birlenbach

bei Geisweid, Kr. Siegen, ein

braves, eheliches

Mädchen

für Haus und etwas Land-

wirtschaft gesucht.

Angebote unter H. H. 50

an die Geschäftsstelle der

Wirtgensteiner Zeitung erb.

Bekanntmachung.

Auf die nachstehenden Bestimmungen der Straßen-Polizei-Ordnung für die Stadt Laasphe vom 18. 12. 1886, Amtsblatt 1887, Seite 253, wird erneut hingewiesen:

§ 23. Bei Frostwetter ist es verboten, auch reines Wasser aus den Häusern auf die Straße abfließen zu lassen; entsteht dennoch Eis, so hat jeder Einwohner soviel als tunlich die Straße und den Eingang zu seinem Hause vom Gise zu befreien, wo aber solches nicht tunlich, auf der Straße, soweit sie an seine Gebäude oder Grundstücke anstößt, durch Bestreuen mit Asche, Sand, Sägemehl usw. eine zwei Fuß breite gangbare Bahn, welche an die von seinem Nachbar herzustellende anschließt, herzustellen und zu erhalten; in gleicher Weise muß er eine solche, anschließend an die Straßenbahn, bis zum Eingange seines Hauses herstellen.

Niemand darf Schnee und Eis, welches aus dem Innern der Häuser herrührt, auf die Straßen bringen.

§ 24. Bei eintretendem Laumwetter muß jeder, welcher nach § 2 zur Reinigung der Straßen verpflichtet ist, die Straßenrinnen sogleich aufbauen und reinigen lassen und das hierdurch aufgebrauchte Eis von der Straße wegschaffen. Ebenso müssen bei anhaltendem Froste und bei vielem Schnee die Rinnen stets offen gehalten und nötigenfalls das Eis am Tage aufgehoben und weggeschafft werden.

§ 25. Bei starkem, die Kommunikation erschwermendem Schneefall sind alle zur Straßenreinigung verpflichteten Bewohner des Stadtbezirks zur sofortigen Herstellung einer Fahrbahn, nach ergangener Aufforderung der Polizeibehörde, gehalten.

§ 26. Schlittschuhlaufen, Fahren mit Handschlitten, wenn dieses zum Vergnügen geschieht, Eisbahnschlagen und Eisrutschen ist sowohl auf der Fahrbahn der Straßen und öffentlichen Plätze, als auf den Trottoirs verboten. Ebenso ist das Werfen mit Schneebällen, Schnee, Eis, Steinen, Urnat und dergl. auf und an den Straßen und öffentlichen Plätzen untersagt.

Uebertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden nach § 49 der genannten Polizei-Ordnung mit Geldstrafen bis zu der gesetzlich zulässigen Höhe bestraft.

Laasphe, den 1. Dezember 1923.

Die Polizeiverwaltung. Verensmann.

Bekanntmachung.

Die Schweinepest unter den Schweinebeständen:

1. des Fabrikarbeiters Karl Buch, Erndtebrück, Hs.-Nr. 134,
2. des Landwirts Heinrich Bökel, „ „ 24,
3. des Maurermeisters H. Stenger, „ „ 255,
4. des Bankdirektors Karl Bald, „ „ 95
5. des Fabrikarbeiters Wilh. Mennekes, „ „

und 6. des Schuhmachermeisters Ludw. Belz, „ „ ist erloschen und sind die angeordneten Schutzmaßregeln aufgehoben worden.

Erndtebrück, den 4. Dezember 1923.

Die Polizeiverwaltung.

Der Amtmann. J. B. Wehandt.

Bekanntmachung.

An Viehbesitzerbeiträgen ist lt. Beschluß des Provinzialausschusses vom 30. Oktober ds. Js. ein weiterer Beitrag und zwar:

für je Einhufer 23 Goldpfennig und für je Stück Rindvieh 28 Goldpfennig zu zahlen.

Ich ersuche, die fälligen Beträge bis spätestens zum 15. ds. Mts. der zuständigen Gemeindekasse einzuzahlen. Besondere Steuerzettel werden nicht herausgegeben. Auf pünktliche Zahlung ist besonders zu achten.

Erndtebrück, den 4. Dezember 1923.

Der Amtmann.

Für Zahn- kranke!

Vin jeden Dienstag und Freitag in Erndtebrück bei W. H. K. n. g. Kirchstraße, antessend.

Sprechstunden von vorm. 9 bis nachm. 5 Uhr. Behandlung sämtl. Rassenmitglieder.

Abolf Scheuer,

Laasphe, Dentist. Vert. jr.

Persil

ist völlig

unschädlich

Es ist aus

besten Rohstoffen

hergestellt und

enthält weder

Chlor noch andere

die Wäsche

schädigende

Bestandteile.

Reparaturen

an Nähmaschinen, Centrifugen sowie Motorrädern u. sonstigen Kraftfahrzeugen, landwirtschaftl. Maschinen z. in mod. Reparaturwerkstatt preiswert und prompt.

Herm. Jüngst,

G. m. b. H.,

Dahlbruch, Kreis Siegen.

Metalle, Eisen

sowie sämtl. Altmateriale

kaufen im Lmta ush gegen

prima Wollgarn

Jal. Moses, Laasphe

für Guthmann & Co.,

G. m. b. H., Biedentopf.

Zwei gebrauchte, gut erh.

Nähmaschinen

preiswert abzugeben.

Fendingen, Haus Nr. 122.

Krähe, unetr. Hautjucken,

beseitigt radikal ohne Ver-

ursachung in 2 Tagen die

geruchl. Einreib. Milbimors.

1 Kr je 1 Goldmark versendet

Apotheker Schulte, Goslar 7.

Amtl. Dollarkurs am 6. 12.: 4,200 Billionen.

